



Gewalt gegen Polizeibeamte

Wann wurde aus dem „Schutzmann“ eigentlich der „Bulle“?

Kommentar von Torsten Gronau, Landesvorsitzender

Viele Menschen beschäftigen sich derzeit mit dem Phänomen „Gewalt gegen Polizeibeamte“. Das ist auch gut so, denn jeder Angriff auf einen Polizisten, aber auch Sozialamtsmitarbeiter und Rettungssanitäter, ist ein Angriff auf unseren Rechtsstaat und damit auf unser Fundament demokratischen Zusammenlebens.

Wenn sich viele schlaue Menschen mit einem Thema befassen und es aus unterschiedlichen Perspektiven beleuchten, könnte man erwarten, dass am Ende etwas Brauchbares dabei herauskommt. Die zentrale Frage, nämlich wie man künftig Gewalt gegen Polizeibeamte verhindern könne, bleibt aber nebulös.

Bisherige Lösungsansätze sind eine Veränderung im Strafrecht und verbesserte Schutzausrüs-

tung für die Polizei. Beides ist wichtig und richtig, verhindert aber keine Gewalttaten.

Auch in Schleswig-Holstein hat man sich viel Mühe gegeben, das Thema „Gewalt gegen Polizeibeamte“ in einer landesweiten Arbeitsgruppe zu thematisieren. Am Ende kam ein Potpourri von Einzelmaßnahmen heraus, die zum Teil sehr profan waren. Jedenfalls belegen die aktuellen Zahlen aus der PKS nicht, dass eine Trendwende gelungen ist, sondern dass sich das Problem trotz Dienstthose mit Biese und überarbeitetem Dienstkleidungserlass weiter verschärft. Wir dürfen zur Kenntnis nehmen, dass die Bearbeitung des Gewaltproblems mit Erlassfragen eher humoresken Erfolg hatte. Im Bereich der Ausstattung gab es profunde Fortschritte und auch der von der DPoIG stets geforderte Entschädigungsfonds für Schmerzensgeldansprüche war eine wichtige Maßnahme.

Ich möchte auf meine Ausgangsfrage zurückkommen, wann denn aus dem Schutzmann nun der Bulle wurde. Ausdrücklich beuge ich mich ins Reich der gefühlten Fakten und versuche, aus 35 Jahren Diensterfahrung in verschiedenen Funktionen Antwortansätze zu finden.

Und als erstes fällt mir eine unheimliche Verknappung der Ressource „Zeit“ auf. Bundesweit wurden Stellen gekürzt, obwohl zusätzliche und komplexere Aufgaben von der Polizei erwartet wurden. Die

Aufgabenfülle bedingte organisatorische Veränderungen und Zentralisierungsprozesse. Dienststellen wurden aufgelöst und die Polizei entwickelte sich zwangsläufig immer mehr zu einer Notrufpolizei. Es ist aber absolut notwendig, dass Menschen immer wiederkehrend positive Erfahrungen mit der Polizei machen können, damit sie ihr vertraut. Polizisten müssen in der Sicherheits- und Präventionsarbeit in den Städten und Gemeinden wieder viel stärker einbezogen werden. Ja, das kostet Personal und Personal kostet Geld.

Aber mit einem kleinen Beispiel möchte ich die Stichhaltigkeit der These beweisen. Schleswig-Holstein hat eine weise Entscheidung getroffen, als sie Polizeistationen in den Landesunterkünften während der Flüchtlingsströme einrichtete. Die dortigen Beamten haben mit Herzblut Polizei- und Sozialarbeit geleistet. Sie haben Menschen die Angst vor der Polizei genommen, die sie aus ihren Heimatländern und von der Fluchtroute mitbrachten. Nicht jede Aufgabe, die übernommen wurde, war „Kernaufgabe“ der Polizei. Aber es entwickelten sich Bindungen, Orientierung und Polizei wurde von vielen Flüchtlingen positiv wahrgenommen – als freundlich und hilfsbereit. Natürlich hatte man auch schnell diejenigen auf dem Kieker, die die Regeln nicht einhielten. Die Polizei hat gezeigt, dass sie viel wertvoller ist, wenn man sie nicht hinterm Computer bei der Datenerfassung versauern lässt. Ich behaupte ohne wissenschaftlichen Anspruch,



© DPoIG Schleswig-Holstein

dass ein junger Mensch weniger zu Gewalt gegen Polizisten neigt, wenn er von Kindesbeinen an regelmäßige und positive Kontakte zu Polizisten haben durfte.

Und ein zweiter Ansatz fällt mir auf, warum es zu diesen Aggressionen gegen Polizisten und andere Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes kommen konnte. Und ich denke, einige alte „Schlachtrösser“ der Politik werden sich an die eigene Nase fassen können, die jüngeren sollten die Fehler nicht wiederholen.

Es gab eine Zeit, in der war es opportun, wenn Politiker Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes verspotteten und herabwürdigten. In schwierigen Haushaltslagen wollte man Sparmaßnahmen durchsetzen und bediente sich rhetorischer Taschenspielertricks, deren Wirkung man aber nicht zu Ende dachte. Beamte, Angestellte, Pensionäre waren plötzlich eine Gefahr für unsere Kinder. Es wurden Märchen über privilegierte Staatsdiener verbreitet, die den Haushalt in den Ruin treiben und unseren Kindern nur eine Totalverschuldung hinterließen. Gerne wurde das noch gepaart mit Anekdoten über mangelhafte Arbeitsmoral und -leistung. Am besten könne man den öffentlichen Dienst abschaffen und bis auf absolute Kernbereiche privatisieren. Heute weiß

Impressum:

Redaktion:
Sven-Erik Haase
Muhliusstraße 65
24103 Kiel
Tel. 0173.6101705
E-Mail: sven-erik.haase@gmx.de

Landesgeschäftsstelle:
Muhliusstraße 65
24103 Kiel
Tel. 0431.2109662
Fax 0431.38671061

Internet: www.dpolg-sh.de
E-Mail: dpolg-sh@t-online.de

DPoIG S-H bei facebook:
www.facebook.com/dpolg-sh



ISSN 0937-4841



man, dass ein funktionierender öffentlicher Dienst ein wichtiger Wettbewerbsvorteil ist. Man muss sich Gedanken machen, wie man die Besten in den Staatsdienst bekommt und nicht nur die Restlichen. Trotzdem wirken solche Kampagnen nach. Da verwundert es nicht, wenn sich Menschen beim Gang auf das Amt argumentativ aus der Mottenkiste der Jahrtausendwende bedienen und übergriffig werden. Die Politiker haben es doch selbst

gesagt: alle faul, überbezahlt und inkompetent.

Auch bei der Polizei funktioniert so ein „Bashing“. Die Kontrollmaßnahmen in der Silvesternacht in Köln wurden unter anderem von der Grünen-Vorsitzenden Peters sehr voreilig als rechtswidrig und „Racial Profiling“ medial abgekanzelt. Selbstverständlich darf man einen Polizeieinsatz unterschiedlich bewerten und Polizei darf niemals kritikresistent

sein. Aber solch eine Botschaft ohne fundierte Kenntnisse produziert doch einen Gedanken:

Polizei = Racial Profiling → Polizei = Rassisten → Gewalt gegen Rassisten ist o. k.

Das sind nur zwei Beispiele, dass die jetzige Situation für Polizisten, Feuerwehrleute und Sanitäter und die Menschen in den Jobcentern auch ein Stück weit die Folge von vergangenen Fehlentwicklungen sind.

Der Lösungsansatz ist gelebte Wertschätzung.

**Vor der Wahl.
Nach der Wahl.**

Wir brauchen Polizisten zum „Anfassen“, die Zeit haben, geile Präventionsarbeit in den Gemeinden zu machen und einfach auch nur mal zum Quatschen im Jugendclub vorbeikommen können. ■

Enttäuschung und Verbitterung

Offener Brief an Innenminister Studt zum Thema

Keine Erleichterung für Schichtdienst vor der Wahl

Mit großer Enttäuschung und Verbitterung nimmt die DPoIG zur Kenntnis, dass Innenminister Studt in einem Mitarbeiterbrief die Kompensationen für langjährig Schichtdienstleistende eingesammelt hat.

Kolleginnen und Kollegen, die 20 Jahre oder länger Schichtdienst geleistet haben und ihre Haut in schwierigen Zeiten zu Markte tragen, hätten ein deutliches Signal verdient. Eine Reduzierung der wöchentlichen Arbeitszeit von 41 auf 39 Stunden wäre ein deutliches Zeichen der Wertschätzung für die Kolleginnen und Kollegen gewesen, die zum Teil im Jahr 700 oder mehr Nachtdienststunden geleistet haben und weiter leisten. Aus der Polizei gab es deutliche Zeichen, dass durch die Neueinstellungen und durch Solidarität diese Maßnahme als ein erster Schritt gesehen worden wäre.

Alleine fehlt anscheinend der politische Wille. Das Vertrösten auf einen Koalitionsvertrag nach der Wahl ist unzureichend. Wahlversprechen sind zu häufig das Papier nicht wert, auf dem

sie verfasst wurden und niemand mag vorherzusagen, welche politische Konstellation in der künftigen Landesregierung das Sagen haben wird.

Wenn der Innenminister angeblich Einigkeit mit dem Ministerpräsidenten und seinen Koalitionspartnern hat, dann kann er vor der Wahl ein wichtiges Zeichen zur Entlastung des Schichtdienstes geben.

Die DPoIG vermutet vielmehr, dass der Innenminister mit seinem umfangreichen Perspektivpapier vorgeprescht ist und nun Schwierigkeiten hat, die Einzelmaßnahmen durchzusetzen.

■ **Wahlversprechen ersetzen keine vernünftige Sachpolitik!**

Die DPoIG fordert Innenminister Studt auf, die Entlastung für Schichtdienst noch in dieser Legislaturperiode politisch auf den richtigen Weg zu bringen. In dieser Frage darf das letzte Wort noch nicht gesprochen sein!
6. Februar 2017

*Torsten Gronau
Landesvorsitzender*

Innenminister Studt lässt sich diese Tage mit der Aussage zitieren, dass eine Kompensation für Schichtdienst noch in diesem Jahr, aber keinesfalls vor der Wahl umgesetzt werden soll. Vorher sei das zeitlich nicht mehr zu schaffen.

■ **Die DPoIG stellt fest:**

- > Innenminister Studt wird nicht entgangen sein, dass zwischendurch noch eine Landtagswahl ist. Sein Optimismus, dass er danach noch Innenminister ist, in allen Ehren. Möglicherweise entscheidet sich der schleswig-holsteinische Wähler auch anders. Das Versprechen des Innenministers ist insofern ein potenziell ungedeckter Scheck.
- > Das Perspektivpapier des Innenministers und das Ergebnis der Arbeitsgruppe „Kompensationsmöglichkeiten für Schichtdienstleistende“ liegen seit letztem Jahr vor. Hätte man sich mit Eifer an die Umsetzung gemacht, stünde heute eine Umsetzung unmittelbar bevor. Wir haben andersherum bei Arbeitszeiterhöhungen in der

Vergangenheit erlebt, wie schnell sich Gesetze umsetzen lassen, wenn der politische Wille vorhanden ist.

- > Die durchschnittliche tarifgebundene Wochenarbeitszeit für Arbeitnehmer liegt derzeit bei 35,5 Stunden/Woche im Bundesschnitt. Beamte arbeiten 41 Stunden/Woche. Wenn man die Wochenarbeitszeit für die am stärksten betroffene Gruppe derjenigen, die über 20 Jahre Schichtdienst geleistet haben, um zwei Stunden senkt, ist das keine herausragende Wohltat, sondern allenfalls ein Zeichen der Wertschätzung für diese Personengruppe.

Daraus sollte Politik kein Faustpfand für den Wahlkampf machen, sondern zügige Politik bis zum letzten Arbeitstag der Amtszeit.

Die DPoIG sagt: Eine Reduzierung der Wochenarbeitszeit für langjährig Schichtdienstleistende ist kein Wahlkampfthema. Wer es ernst meint, muss sich an die unverzügliche Umsetzung machen.

11. Februar 2017

*Torsten Gronau
Landesvorsitzender*



FEST

mit der Polizei



DPoIG DEUTSCHE POLIZEIGEWERKSCHAFT im dbb
LANDESVERBAND SCHLESWIG-HOLSTEIN



LINA LÄRCHE
Liedparodie & Comedy



mit Großer Tombola



Zum Tanz spielt
Bella Musica



am Samstag, den 18. März 2017 in Kiel
im HOTEL KIELER YACHT CLUB

Kiellinie 70, 24105 Kiel · Telefon: 04 31 / 88 13 - 0

Einlaß: 19.00 Uhr · Beginn: 20.00 Uhr

Kartenvorverkauf: Deutsche Polizeigewerkschaft, Muhliusstr. 65 in Kiel,
Telefon 04 31 / 2 10 96 62, E-Mail: dpolg-sh@t-online.de, Internet: www.dpolg-sh.de

dbb Aktion am 8. Februar in Kiel

Hunderte von Kolleginnen und Kollegen aller Fachgewerkschaften des dbb waren dem Aufruf zur Aktion vor dem Finanzministerium gefolgt. Natürlich war auch die DPoIG vertreten und folgte bei eisigem Ostwind den Kundgebungen.



8

Landesverband Schleswig-Holstein

Der dbb Landesbundesvorsitzende erklärte in markigen Worten den Anwesenden, darunter auch Finanzministerin Monika Heinold, die bekannten Forderungen des dbb. Dass bis jetzt noch kein Angebot der Arbeitgeber vorliegt, betitelte er als „Arbeitsverweigerung und gehört disziplinarisch bestraft!“

Bemerkenswert war der Hinweis, dass ein verlässlicher öffentlicher Dienst unabhängig von der Haushaltslage gewährleistet werden müsse.

Zitat:

„Wir sollten die Kohle nur nicht auf Schiffen verheizen, die keiner braucht und zur Warmhaltung von Banken einsetzen, die keiner braucht. Die Steuermittel sind besser investiert in den öffentlichen Dienst, denn der wird wirklich gebraucht, und zwar dringend! Er darf als Stabilitätsfaktor in unserem Land nicht kaputtgespart werden!“

Frau Heinold sagte zu, nach Tarifabschluss zügig das Gesetz zur Übernahme für die Beamten in den Landtag zu bringen. Mann wollte das noch vor den Wahlen abschließen. Bemerkenswert war, dass sie zwar von einer inhaltsgleichen Übernahme sprach, das Wort zeitgleich jedoch auffällig vermieden wurde.

Auch die Vertreter der Parteien, Frau Petra Nicolaisen (CDU), Bernd Heinemann (SPD), und Christopher Vogt (FDP) fanden Verständnis für unsere Forderungen und sagten Unterstützung zu.

Jetzt heißt es, auf die nächste Runde am 16. und 17. Februar zu warten.

Ernst Meißner

> Nachruf

Mit großer Bestürzung müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass unser langjähriges und treues Mitglied

Günther Biehl

plötzlich und völlig unerwartet im Alter von 65 Jahren verstorben ist.

Er war ein Schutzmann mit Leib und Seele!

Wir werden ihm immer ein ehrendes Andenken bewahren.

Frank Hesse,
DPoIG-Kreisverband Itzehoe

